

SVP-Spitze lässt Kampfjet-Befürworter im Stich

Knappes Resultat bei Initiative Kein Wort zum grössten Rüstungsvorhaben im «Extrablatt», zwei Solisten im Abstimmungskampf und ein entlassener Sicherheitsexperte im Generalsekretariat: Die SVP-Leitung setzt ihre Priorität nicht mehr bei der Armee.

Beni Gafner

In der SVP herrscht Knatsch. Der Grund: Die grösste Partei der Schweiz, von Gegnern lange Zeit als «Stahlhelme» und «Landesverteidiger alter Schule» verulkt, hat im vergangenen Abstimmungskampf wenig bis nichts unternommen, um dem neuen Kampfjet Auftrieb zu geben. Auch wenn die Gründe für das Beinahe-Scheitern am Sonntag vielfältig sein mögen und nicht allein bei der SVP zu suchen sind – bürgerliche Kreise sind sich einig darüber, dass die SVP das erlebte Fast-Debakel mitverantwortet.

Abstimmungsleiter aufseiten der Befürworter war der Aargauer FDP-Ständerat Thierry Burkart. Er sagt zwar, die bürgerliche Zusammenarbeit habe im Abstimmungskampf gut geklappt. «Aber man hat schon gemerkt, dass die SVP vor allem auf ihre Begrenzungsinitiative fokussiert war.»

Passivität der Parteileitung

Was Burkart und andere Kampfjet-Befürworter nicht wussten: Es war ein bewusster Entscheid der SVP-Spitze, keinen Finger zugunsten der Kampfjets zu rühren. Dies haben unsere Recherchen ergeben. Die Passivität der Parteileitung im Abstimmungskampf mündete teilweise gar in aktive Verhinderungsaktionen und sorgt nun für ein Nachspiel.

Angesprochen darauf, sagt der Berner Ständerat Werner Salzmann (SVP): «Ich äussere mich dazu nicht medial. Solche Probleme spreche ich allein parteiintern an.» Salzmann war einer von nur zwei prominenten SVP-Kämpfern, die sich zugunsten neuer Jets in den Abstimmungskampf warfen. Er baute – ohne Unterstützung der nationalen Parteizentrale – in seinem Kanton zusammen mit Schützen und Mitgliedern der Offiziersgesellschaft einen Kampagnenstützpunkt auf.

Der zweite bekannte SVP-Mann, der sich im Abstimmungskampf engagierte, war National-



Keine Zeit für die Kampfjet-Vorlage: SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi macht Werbung für die Begrenzungsinitiative. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

rat Thomas Hurter (SH). Obwohl er eine erneute Abstimmung über Kampfjets ursprünglich zu verhindern versuchte – weil die Bevölkerung über den Armeeauftrag und die Finanzen abstimmen sollte und nicht für eine Materialbeschaffung, der Entscheid Parlamentssache sei –, engagierte er sich schliesslich für ein Ja an der Urne. Die Volksrechte blieben mit einer Initiative weiterhin gewahrt, sagt er.

Hurter bestätigt auf Anfrage, dass er mit wenigen Sicherheitspolitikern der Partei die vergangenen Wochen und Monate praktisch auf sich allein gestellt gewesen sei. Hurter sagt: «Unsere

Partei führte jahrelang das Verteidigungsdepartement. Und jetzt, als es um alles ging, vertrat man alles nur halbherzig.» Das sei extrem schade.

Wo liegt die Ursache?

Die Kritik nicht gefallen lassen will sich demgegenüber SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Er sagt, beim Super-Abstimmungssonntag mit fünf nationalen Vorlagen sei es notwendig gewesen, Prioritäten zu setzen. Weil die SVP ausser der Auns keine Unterstützer hatte, habe man auf die eigene Begrenzungsinitiative fokussieren müssen. Die grösste Gefahr für die Schweiz stelle

die unkontrollierte Zuwanderung dar. Demgegenüber hätten sich für die Kampfjets neben mehreren Wirtschaftsverbänden noch drei weitere Parteien engagiert. Den Verbänden sei vorzuzwerfen, dass sie Millionen gegen die SVP investiert hätten, anstatt damit für ein klares Ja bei der Kampfjet-Vorlage zu sorgen.

Was die wenigen noch verblieben SVP-Kämpfer für eine Landesverteidigung zusätzlich auf die Palme bringt, ist der Umstand, dass die SVP-Spitze in ihrem «Extrablatt» im Abstimmungskampf keinen Artikel zugunsten der Kampfjets zulässig. Hätte die Partei beherzt für ein Ja zu den

Kampfjets aufgerufen, hätten sich so auch mehr SVP-Sympathisanten mobilisieren und für ein Ja zur Begrenzungsinitiative bewegen lassen, sagt ein Insider. Die tieferliegende Frage, die hinter den SVP-Kulissen derzeit gestellt werde, laute nämlich, weshalb sich SVP-Mitglieder und -Sympathisanten seit längerer Zeit nicht mehr mobilisieren liessen. Es gebe einen Disput, ob die Ursache dafür bei der Parteiführung liege oder ob die Parteibasis einfach langsam ermattet sei.

Dass für die SVP die Armee nicht mehr denselben Stellenwert hat wie früher, darauf deutet auch eine Entlassung im SVP-

Generalsekretariat hin. Mit Fritz Kälin beschäftigte die Partei einen ausgewiesenen Sicherheitsexperten, namentlich auch zur Unterstützung der zuletzt stark verjüngten SVP-Delegation in der Sicherheitspolitischen Kommission des Parlaments. Kälins Dissertation über die Schweizer Armee im Kalten Krieg und nach 1990, die vor drei Jahren publiziert wurde, stiess auf Interesse in Fachkreisen.

Die SVP-Spitze will von den Diensten ihres promovierten Sicherheitsexperten nun aber nichts mehr wissen und stellt diesen per Ende Jahr auf die Strasse. Sie fokussiert anders.

Die Grünliberalen auf dem Weg zur Volkspartei

Alle Abstimmungen gewonnen Am Sonntag waren nicht SVP oder FDP am nächsten beim Stimmvolk. Es war die GLP.

Nach dem Abstimmungssonntag feierten sich die Grünliberalen selber auf Twitter. Das Stimmvolk hatte über fünf Vorlagen befunden – und alle in ihrem Sinn entschieden. Die GLP sei näher am Volk als die anderen Parteien, twitterte ein Mitglied und ein anderes, sie seien die eigentliche Volkspartei.

Bis heute inszeniert sich die SVP als «Volkspartei», wobei sie sich damit nach Schweizer Definition als jene Partei versteht, die das Ohr am nächsten beim Volk hat. Tatsächlich war es in der letzten Legislatur aber die FDP, die diese Auszeichnung verdient hätte: in 30 von 33 Abstimmungen waren sie und die Mehrheit der Stimmenden einer Meinung.

«Die FDP war in den letzten Jahren die Trendsetterin», sagt Politologe Claude Longchamp. Die Partei habe immer ein gutes Gespür dafür gehabt, welche Position mehrheitsfähig war,

nun aber seien die Grünliberalen besser. «Heute gibt auch die GLP den Ausschlag dafür, ob eine Vorlage durchkommt oder nicht.»

So entsprachen die GLP-Parolen auch schon im Februar dem Abstimmungsergebnis. Nach Ansicht Longchamps wird damit nur der Trend des Politjahrs 2019 weitergeschrieben; es war von der Klimadiskussion geprägt und hat den grünen Parteien zu historischen Sitzgewinnen verholfen. Analysen zeigten, dass die Wählerschaft jünger, weiblicher und urbaner geworden ist – wie

die GLP auch. Präsident Jürg Grossen mag es nicht nur dem Zufall zuschreiben, dass die Grünliberalen entschieden haben wie das Volk – oder umgekehrt: «Unsere Linie ist noch immer dieselbe. Die Bevölkerung denkt heute aber ökologischer und ist progressiver. Sie hat sich uns angenähert.» Das war nicht immer so: Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» trug der GLP vor fünf Jahren ein historisch schlechtes Resultat ein: 92 Prozent Nein-Stimmen.

Eine Partei auch für Bauern

«Die Grünliberalen treffen einen Nerv der Zeit», sagt Politologe Marc Bühlmann. Er erklärt sich dies damit, dass die Partei jenen Wählerinnen und Wählern eine Heimat bietet, die zwar ökologisch denken, aber nicht links wählen wollen. Damit könnte die GLP längerfristig auch auf dem Land punkten: «Wenn die Kühe

im Sommer kein Wasser mehr haben, sind die Bauern die ersten im Land, die den Klimawandel zu spüren bekommen», sagt Bühlmann. Die Grünen sind aber vielen Bauern zu links, und die SVP kann ihnen nicht glaubhaft machen, dass sie sich fürs Klima einsetzen wird.

Die SVP ist nach Ansicht Bühlmanns noch nie eine Volkspartei gewesen, denn als solche müsste sie breite Wählerschichten einbeziehen. Der Begriff «Volk» diene ihr nur als Narrativ; sie wolle damit zeigen, dass sie sich für den Búezer einsetze und sich gleichzeitig gegen eine elitäre «Classe politique» abgrenze. Mit Toni Brunner als Präsidenten habe sie das noch glaubhaft vertreten können, heute aber werde sie von den eigenen Leuten zunehmend als abgehoben und weniger volksnah wahrgenommen.

Wie GLP-Präsident Grossen sagt, würde seine Partei bei öko-

logischen Themen wohl weiter gehen als der Schweizer Durchschnittsbürger. Bei anderen Themen aber lägen sie nah bei der Mehrheit der Stimmbevölkerung. Und wenn sich die anderen Parteien ihrer Position stärker angenähert hätten, dann würde die Konzernverantwortungsinitiative den Firmen heute weniger Bauchweh bereiten.

Die Umstände sind günstig, dass die GLP der FDP bald die Rolle der mehrheitsfähigen Mitparteie streitig macht. FDP und CVP, die zusammen lange die Schweizer Politik dominierten, sind nach rechts gerückt – und haben in der Mitte Platz für die Grünliberalen gemacht. Diesen Raum bespielen die grünen Parteien letztlich zusammen: Die Grünen sind der Motor und bringen Ideen hervor, die Grünliberalen sind das Getriebe, das diese Ideen in das politische System einbringt und mehrheitsfähig

macht. «Sie sind oft nicht die Erfinder, sondern die Übersetzer ins politische System», sagt Claude Longchamp. So brachte etwa die Grüne Aline Trede den Vorstoss ein, wieder Nachtzüge einzuführen, aber erst die GLP verhalf ihm zum Durchbruch. Ähnlich verlief es beim CO₂-Gesetz, beim Atomausstieg oder bei der Ehe für alle.

So sind die Grünliberalen auf gutem Weg, zu einer Volkspartei nach Schweizer Definition zu werden, die viele Strömungen aus der Bevölkerung vereint. Noch ist es aber zu früh, um dies abzuschätzen, sagt Marc Bühlmann. Die GLP habe auch noch keine kritische Grösse erreicht. «Wenn sie es aber schafft, sich auch bei anderen als ökonomischen Themen zu positionieren, kann sie zu einer ernstzunehmenden Kraft werden.»



Petra Gössi (FDP) und Jürg Grossen (GLP). Fotos: Keystone

Janine Hosp